

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Robert Viktorius, Magdeburg, Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Wetze, Magdeburg, Geschäftshaus: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eingang Schrotbörsestraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1567. — Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeigerband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.2.1. erst. Postgeb. Einzelne Nummern (einschl. der Anzeigerbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inseratengebühr die fünfspaltige Zeile 15 Pf. Vollbelegungsliste Nr. 7599.

Nr. 198. Magdeburg, Donnerstag, den 25. August 1898. 9. Jahrgang.

30 235 Steuerzahler sind wahlberechtigt!

Von diesen 30 235 Steuerzahlern haben 1662 die Wählerlisten eingesehen, resp. ihre Adressen zur Einsichtnahme an unten bezeichneten Stellen niedergelegt. Wenn auch die Beteiligung gegen die früheren Wahlen als erfreulich anzusehen ist, so genügt sie aber noch nicht zur Erwerbung der freiwerdenden acht Mandate zum Stadtverordnetenkollegium. Die Agitation muß also fortgesetzt werden. Die Namen der Steuerzahler sind in den Fabriken, Werkstätten, Geschäften etc. zu sammeln und an geeigneter Stelle abzuführen.

Die amtlichen Wählerlisten liegen aus im Wahlbezirk Magdeburg-Altestadt (einschließlich Wilhelmstadt, Werder und Friedrichstadt) im Steuerbureau, Spiegelbrücke 1, I (Zimmer 9), im Wahlbezirk Magdeburg-Neustadt und Magdeburg-Sudenburg im Rathaus dafelbst.

Personen, welche nicht Zeit haben, die Wählerlisten einzusehen, können ihre Adressen an folgenden Stellen niederlegen (Magdeburg-Altestadt) Expedition der Volksstimme, Breitenweg 127 und Restaurant Luisenpark, Spielgartenstraße, (Magdeburg-Sudenburg) Restaurant Zerbster Bierhalle, Schöningerstraße, (Magdeburg-Neustadt) Restaurant Kellner, Leopoldstraße (Neue Neustadt), Restaurant Stiller, Rogäherstraße (Alte Neustadt).

Seitens des Wahlkomitees sind für die Wahlbezirke Magdeburg-Sudenburg und Magdeburg-Neustadt besondere Wählerlisten angefertigt worden. Dieselben liegen aus: Wahlbezirk Magdeburg-Sudenburg im Restaurant Zerbster Bierhalle (Schöningerstraße), Wahlbezirk Magdeburg-Neustadt im Restaurant Stiller (Rogäherstraße, Alte Neustadt) Die Einsicht der Wählerlisten kann hier selbst zu jeder Tageszeit erfolgen.

Wahlberechtigt sind: Alle selbständigen Einwohner (auch solche, die Mieter möbliert Wohnungen sind), mit einem Einkommen von 600 Mark (Steuerfah Mark 4.68), welche Preusse und 21 Jahre alt sind, seit einem Jahre in Magdeburg wohnen und seit einem Jahre keine Armenunterstützung bezogen haben.

Steuerzahler! Parteigenossen! Unsere Gegner bauen darauf, daß die öffentliche Stimmabgabe Euch abhalten wird, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Macht diese Hoffnung zu schanden und zeigt, daß Ihr gewillt seid, auch öffentlich für Eure Ueberzeugung einzustehen. Den Freunden der öffentlichen Stimmabgabe müssen wir an dem Wahltag die ihnen gebührende Antwort geben. —

Zur Stadtverordnetewahl.

Es haben die vom Wahlkomitee ausgelegten Listen nachgesehen resp. ihre Adressen an den vom Wahlkomitee bestimmten Stellen niedergelegt:

Wahlbezirk	Eingeseh. Wähler	Eingesehen Personen
Magdeburg-Altestadt	18 500	224
Magdeburg-Sudenburg	4 717	785
Magdeburg-Neustadt	7 018	653

In diesen Zahlen sind diejenigen Wähler nicht einbegriffen, welche die an amtlichen Stellen ausgelegten Listen eingesehen haben. Weitere Resultate werden morgen bekannt gegeben.

Obwohl die Zahl der Steuerzahler, welche die Wählerlisten eingesehen haben, noch winzig ist gegenüber der Zahl der eingeschriebenen Wähler, so hat das bisherige Resultat unsere Gegner recht geängstigt. Sie geben die beiden Wahlkreise Sudenburg und Neustadt bereits verloren und befürchten, daß sich auch die Erwartungen der Sozialdemokraten der inneren Stadt erfüllen. Dieses Vamonto ist jedoch unsererseits nicht zu beachten. Wir wissen, daß bereits gegenwärtig Verhandlungen angebahnt und Vorschläge zur Agitation beraten werden. Man will die Öffentlichkeit meiden und auf Umwegen zum Ziele kommen. Wir durchschauen das Spiel und werden es zu durchkreuzen wissen. —

Die antisemitische Gistnadel hat ihre ganze Hoffnung auf die „öffentliche Stimmabgabe“ gesetzt. Die Agitation der Sozialdemokraten wird wie folgt beurteilt: „Ohne den Mund recht voll zu nehmen, geht es aber bei der Sozialdemokratie nie ab, denn die Beteiligung an den Wahlversammlungen ist noch sehr matt, und ob trotz der großen Mittel und aller Agitationskünste bei der offenen Stimmabgabe große sozialdemokratische Massen auf die Beine zu bringen sein werden, muß die Probe zeigen.“ Verborgener Groll über die Mührigkeit unserer Genossen und Freude über die Klassenwahl steckt hinter jedem Worte. —

Als Kandidat der Vereinigten Ordnungsparteien im Wahlbezirk Magdeburg-Neustadt wird an Stelle des bisherigen Stadtverordneten Schwarzkopf Tischlermeister Thomas genannt. Da jedoch Herr Thomas Bewohner der Alten Neustadt ist, planen Rivalen die Aufstellung eines in der Neuen Neustadt wohnenden Kandidaten. Diese Kirchturnspolitik sieht unseren Ordnungsparteien ähnlich. Der Himmel gebe, daß dieser ungeheure Streit zum Heile unserer Vaterstadt recht bald erledigt wird. —

Nach den Mitteilungen der antisemitischen Gistnadel sollen die Sudenburger Sozialdemokraten große Kosten im Sacke haben, weil sie sich mit dem Gedanken tragen, den Stadtverordneten Raßbach aus dem Sattel zu heben. Vermutlich ist die Gistnadel zu dieser Erkenntnis gekommen angesichts der rührigen Agitation unserer Sudenburger Genossen, die den Genossen der übrigen Wahlbezirke als Vorbild dienen kann. —

Eisenbahn- und Zonentarife.

Von Dr. Verthold Mertens.
Wenn wir jener Bewegung gedenken, die im internationalen Charakter, gleich der Friedensliga, eine Eisenbahnreform und die Einführung eines einheitlichen Zonentarifs anstrebte, so dürfte es nicht unangebracht sein, die Bestrebungen und Erzielungen dieser Gesellschaften an Hand einiger Zahlen kurz klarzulegen.

Allerdings darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß die wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen eine Bahnlinie basiert, ausschlaggebend für ein rascheres oder langsames Entgegenkommen seitens der Behörden sein müssen, und daß die Frequenz bei der Abrechnung der Fahrgeschäfte stets die Richtschnur für eine finanziell günstige Herabsetzung der Fahrpreise abgeben muß. Selbstverständlich werden in diesem Falle auch Staatsbahnen, denen ja immer ein größerer Rückhalt eventuell günstigere Aussichten auf Kredit giebt, den Forderungen des Publikums eher willfahren können, als Privatbahnen mit meistens höchst unsicheren Aktien. Den besten Beweis hierfür ergibt die Berliner Stadt- und Ringbahn, welche seit ihrem Uebergang in Staats Hände ihren Tarif im Laufe der letzten fünfzehn Jahre dreimal geändert und jedesmal verbilligt hat.

Augenblicklich betragen die Einheitsätze der Tarife für den Personenverkehr:

	Einfacher Fahrpreis für Person und Kilometer in den verschiedenen Wagenklassen in Pfennigen.			
	I.	II.	III.	IV.
Baden, Bayern, Württemberg	8,0	5,3	3,4	—
Elb- u. Ostpreußen, Pfalz, Hessen	7,0	4,6	3,0	2,5
Main-Neckar-Bahn, Oldenburg	8,0	6,0	4,0	2,0
Sachsen, Preußen	9,0	6,33	4,67	2,33
Mecklenburg	6,5	4,5	3,0	—
Belgien	9,0	6,6	3,9	—
Frankreich	6,0	3,0	1,5	—
Rußland	7,0	5,5	4,0	1,5
Italien	9,0	7,0	4,0	—
Schweden, Norwegen	—	—	—	—

Für die Schweiz, Holland und Dänemark werden zur Benutzung für sämtliche Staatsbahnen Billets verabsolgt für die Dauer von 14 Tagen bis zu einem halben Jahre, nach Art unserer Abonnementsfahrkarten. Der Preis für eine vierzehntägige Fahrkarte stellt sich mit geringen Abweichungen durchschnittlich auf 30 Mark für die erste Wagenklasse, 23 Mark für die zweite Wagenklasse und 16 Mark für die dritte Wagenklasse.

Eine besondere Art von Eisenbahntarifen, welche den Zonentarifen am meisten entsprechen, hat bisher nur ein einziger Staat eingeführt: Oesterreich-Ungarn.

Die Eisenbahntarife für die österreichische Monarchie, d. h. soweit Staatsbahnen in Betracht kommen, beruhen auf dem Grundsätze, daß pro Person und Kilometer in der dritten Wagenklasse 1 Kreuzer (1 Kreuzer = 1.67 Pfennig), in der zweiten Wagenklasse 2 Kreuzer und in der ersten Wagenklasse 3 Kreuzer zu zahlen sind. Nun sind aber die Entfernungen um eine Station herum in bestimmte „Zonen“

geteilt, innerhalb welcher die Fahrpreise einheitlich berechnet werden. So sind die ersten 200 km in 12 Zonen eingeteilt, während jede weitere Zone eine Strecke von 50 km mißt, bei welchen Entfernungen die Fahrpreise hergestuft sich vermindern, daß sie bei Strecken über 300 km, d. h. von der vierzehnten Zone ab, nur noch die Hälfte des eigentlich zu zahlenden Preises betragen.

Der ungarische Zonentarif dagegen unterscheidet einen Nahverkehr mit zwei und einen Fernverkehr mit vierzehn Zonen. Die Zonen des Nahverkehrs bestehen in der Fahrt zwischen zwei oder drei benachbarten Stationen und betragen 50 resp. 60 Pf. für die erste Wagenklasse, 25 resp. 30 Pf. für die zweite Wagenklasse und 17 resp. 20 Pf. für die dritte Wagenklasse. — Die Fahrpreise für den Fernverkehr steigen in regelmäßigen Erhöhungen von Zone zu Zone, und zwar derart, daß sie bei der ersten Zone mit 75 Pf. für die erste Wagenklasse, 60 Pf. für die zweite Wagenklasse und 35 Pf. für die dritte Wagenklasse beginnen, und bei der vierzehnten Zone, d. h. bei Fahrten durch das ganze Ungarland, das es seiner Ausdehnung nach fast mit dem deutschen Reich aufnimmt, mit folgenden Zahlen seine höchsten Personentarife erreicht: 13 Mk. für die erste Wagenklasse, 9.50 Mk. für die zweite Wagenklasse und 6.50 Mk. für die dritte Wagenklasse.

Alle Befürchtungen der Behörden, durch Einführung dieses Staffelzonentarifes schlechte finanzielle Abschlüsse zu machen, haben sich glänzend durch eine ungeheure Steigerung des Verkehrs widerlegt, da die Anzahl der beförderten Personen gleich nach Einführung dieses Zonentarifes von 9 056 500 auf 28 623 700, d. h. um 19 567 200 Personen stieg und die Einnahmen sich von etwa 25 000 000 Mk. auf 32 000 000 Mk. erhöhten.

Auf Grund dieser so überaus günstigen Erfahrungen wurde auch den preussischen Eisenbahnbehörden im Anfang des Jahres 1891 folgender Reformplan für die Personentarife vorgelegt. Abschaffung der vierten Wagenklasse und Verringerung des Personenkilometers auf 6 Pfg. für die erste Wagenklasse, 4 Pfg. für die zweite Wagenklasse und 2 Pfg. für die dritte Wagenklasse. Natürlich ist bei uns in Preußen-Deutschland aus diesen Reformplänen nichts geworden, schon vielleicht aus dem einen Grunde, um der Freizügigkeit nicht noch mehr Vorstoß zu leisten.

Hoffentlich aber erleben auch wir noch einmal einen Zonentarif, der selbst dem ärmsten Krauter gestattet, seine ferneren Angehörigen gelegentlich einmal zu besuchen oder auch sich ein Stückchen Welt anzusehen. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.
Unter der Stichmarke Sozialdemokratie und Landtagswahlen lesen wir im Vorwärts: Seit der Beilegung des Konflikts haben die Landtagswahlen in Preußen unter der von Wahl zu Wahl steigenden Gleichgültigkeit der Wählermassen gelitten. Bei den letzten Wahlen fehlte es fast gänzlich an einer Diskussion in der R., die sich auch nur im entferntesten mit den bei den Reichstagswahlen üblichen

Um damit zu räumen

so lange Vorrat:

Einmachegläser:	Inhalt ca. 1	2	2½	3	4	5	6	Liter
	5	9	10	13	15	19	25	Pfg.
Wassergläser					3, 4, 6, 8, 10			Pfg.
Biertulpen								9 "
Obertasse mit Untertasse								4 "
Kaffeekanne (circa 4 Portionen)								23 "
Milchgiesser (echt Porzellan)					3, 5, 8, 12			" "
Zuckerdosen mit Deckel (echt Porzellan)								5 "
Teller, flach, Feston, 24 Ctm. (echt Porzellan)								5 "
Seideluntersätze (echt Porzellan)						Dtzd. 60		" "
Kannenuntersatz (echt Porzellan)								5 "
Speiseteller, glatt								2 "
Nachtgeschirre, bunt								12 "
Kartoffelnäpfe mit Deckel								23 "
Salz- und Mehlmetzen, blau Zwiebelmuster								30 "

Magazin Heilbrunn

nur 193 Breiteweg 194 nur.

2055

Zu Kinderkleidern
empfehle, um damit zu räumen.
echt Lindener Sammet
Original-Fabrikpreise à Mtr. nur 1 Mark in blaun, braun, grün und rotbraun.

Für Knaben
empfehle
Manchester-Sammet
Anzüge
in blau, braun, grün u. gemustert in echt Lindener Zopfl-Sammet, was es gibt.

Neben dem Wilhelmtheater.
Magdeburg

G. Gehse
Johannisfahrtstr. 14

Manchester-Sammet
In großer, echt Lindener Fabrik, in 64 verschiedenen Sorten. Die Auswahl ist so gross, wie sie von keiner Seite geboten wird.

Blaue Chevots
zu Knaben-Anzügen, gut feilwollene erprobte Qualität, empfehle sehr preiswert.

Sämtl. Sommer- u. Waschartstoffe
Teichbad motorwebes zu sehr billigen Preisen.

Sommer-Anzüge
sehr billig.

Täglich frisch
gerösteter Kaffee
reinschmeckend und kräftig
Pfund 80 Pfg.
empfiehlt
V. Warzonski
Schönebeckstraße 14.

Schülermützen
à Stück 1 Mark.
E. Otto
Grünearmstraße 7, 2 Tr.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren
reelle Arbeit, empfiehlt
C. Dittmar, Tischlermeister
Eichlerkrugstraße 26.

In m. Atelier ff. Damenschneiderei
f. Mädchen aus anständiger Familie
als Lernende eintreten. Melb. 4-5 nachm.
Hedwig Brandes-Tadewald
Kronprinzenstraße 8.

Ein gut erhaltener Ziehwagen
nebst Hundegeschirr ist billig
zu verkaufen.
Ed. Lenz, Bürstenmacher
Gr.-Ottersleben, Wäckerstr. 4.

Reelle
Selbstgefertigte
Möbel, Spiegel
und
Polsterwaren
in großer Auswahl.
Billigste Preise.
W. Zentner
Tischlermeister
Frankenstr. Nr. 2.
Reelle

Speck
fetter, Pfund 60 Pfg.,
bei 5 Pfund 55 Pfg.,
Schmalz
Pfund 40 Pfg., bei 5 Pfund 38 Pfg.,
Margarine
allerfeinste Marke
Pfund 60 Pfg., mit Rabattmarken.
V. Warzonski
Schönebeckstraße 14.

Nebenverdienst.
Hoher Nebenverdienst kann jedermann
durch den Vertrieb meines neuen, spiel. leicht
verk. Artikels erzielen. Sehr pass. für Leute,
welche in Fabriken thätig sind. Off. an
Herm. Wolf, Zwickau i. S., Emilien-
straße 22 erbeten. 539

Dr. Loewe
Spezialarzt für Herz-, Nieren-, Magen-,
Darm- und Leber-Krankheiten
Kronprinzenstrasse No. 8, I.
8-12 und 3-6. 1594

Lebe gott, Referend. a. D.
Rechtsbureau
Prälattenstr. 1, 2. Haus v. Br. Weg. Mündl.
Bespr. 1-1.50 M. bei Obj. bis 1000 M.

Zwei große Zieh Hunde sind zu verkaufen
Neustadt, Umfassungstraße 31, Reichelt.

ff. Molkereibutter
Pfund 1 Mark
Eier Mdl. 55, 60, 70 Pfg.
bei
V. Warzonski
Schönebeckstraße 14.

Künstl. Zähne, Gebisse u.
Zahnziehen, Plombieren etc. schmerzlos.
Magdeburg, Breiteweg 209/210, u. Hauptpl.
Anerk. billigste Preise. — P. Scholze.

100 Mark gegen gute Zinsen zu
leihen gef. Im August
kann die Zurückzahlung erfolgen. Off. u.
538 d an die Expedition dieses Blattes.

kl. frdl. Wohnung f. Kinderlöse
Leute für 108 Mark zum 1. Oktober
zu vermieten. 2049
Neustadt, Rogauerstr. 55, pt.

Frdl. Logis Neue Neustadt
Heinrichstr. 28, v. p. r.
G. fr. möbl. Zimmer zu vermieten.
C. Albrecht, Annstr. 27, v. 1 Tr. r.

* 2 anständ. junge Leute erhalten Logis
kl. Steinernschiffstraße 1 p.

* Ein Laden nebst Wohnung zu ver-
mieten Salbe, Feldstraße 2

Gesucht werden:
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der
Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine
Klosterstraße 15/16): Schlosser, Dreher,
Schmiede, Meißner, Feilenhauer, Schul-
macher, Klempner, Tapezierer und Polsterer,
Buchbinder auf Kontobücher, Hausbursche,
Widelmacherinnen und Dienstmädchen.

Es suchen Stellung:
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der
Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine
Klosterstraße 15/16): Schlosser, Dreher,
Hobelisten, Schleifer, Heizer und Maschi-
nisten, Böttcher, Drechsler, Cigarren-
macher und Arbeiter für jede Arbeit.

Viktoria-Theater.
Donnerstag, den 25. August 1898:
Zweites Gastspiel des Hrn. Ferd. Rinald.
Das Glas Wasser
oder:
Ursachen und Wirkungen.
Lustspiel in 5 Akten von Scribe.
Herr St. John, Witkowitz v. Bolingbroke —
Herr Ferd. Rinald.

Freitag, den 26. August 1898:
Novität! Zum 2. Male! Novität!
Das Paradies.
Posse mit Gesang in 4 Akten von Kreptow
und Hermann.

Küchenzettel des Lehrstuhls und
Damenheims,
Breiteweg 82, 1 Tr.
Donnerstag: Mandelmilch, Hammelbraten,
grüne Bohnen und Salzfartoffeln.
Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Freie Gemeinde
Sudenburg.
Sonntag, den 28. August 1898
nachmittags von 3 bis 7 ab
Sommerfest
in den festlich und hochsein decorierten Garten-
räumen des Herrn Emil Schütze zu
Lemsdorf bei
Konzert und Kränzchen.
Der Kinder-Gesangchor wird einige Piecen vortragen. Für Unterhaltung für
Jung und Alt ist bestens gesorgt. U. a.: Ein Erntefest auf einem hinterpommerschen
Dorfe. — Aufsteiger eines Riesen-Luftballons u. a. — Bengalische Beleuchtung des
Gartens um 9 Uhr. — Abbrennen eines großen Luftfeuerwerks. — Auch wird ein
historisch-historisches Antiquitäten- und Naturalien-Kabinett gezeigt
werden. 2056
Der Vorstand.

Ausflug
des Verbandes der Maurer u. verwandten Berufsgenossen
der Zahlstelle Gommern
nach dem sogenannten Sauring
am Sonntag, den 28. August.
Sammelplatz: im Verbandslokal (Gasthof zur Sonne). Abmarsch um
1 Uhr mit Musik.
Am recht zahlreichen Erscheinen aller Kollegen wird gebeten.
Die örtliche Verwaltung.

Billigste
Bezugsquelle
Durch günstige Einkäufe
empfehle mein
gut sortiertes Lager
moderner
Herren- und Knaben-Anzüge
Sommer-Überzieher
einzelne Jacketts und Hosen
sowie
sämtl. Arbeiter-Garderoben
bei solider Preisstellung.
M. Horyharn Schapen-
str. 11.

Zu den preussischen Landtagswahlen.

In sehr instruktiver und durchaus den tatsächlichen Verhältnissen entsprechender Weise wird in Nr. 192 des Vorwärts von einem „im Vordertreffen der Partei stehenden Genossen“ die Unmöglichkeit nachgewiesen, bei den Wahlen zum preussischen Landtage in irgend einem Wahlkreise eine sozialdemokratische Wahlmänner-Majorität zu erzielen. Die Schwierigkeiten und Nachteile, denen sozialdemokratische Urwähler und Wahlmänner ausgesetzt sein werden, sind mit den in dem Artikel angeführten Beispielen gewiß noch nicht erschöpfend dargelegt, aber sie reichen vollkommen hin, um auch dem unverbesserlichsten Erfolgsoptimisten den Glauben an die Möglichkeit eines aus sozialdemokratischen Stimmen hervorgegangenen Landtagsmandates zu nehmen. Nur eins ist an diesen unangreifbaren Ausführungen zu bedauern, nämlich, daß sie etwas post festum kommen, und gemacht werden, um die Warnungstafel, welche der Hamburger Beschluß zur Aufrechterhaltung des Klassenkampfstandpunktes auch bei den Landtagswahlen aufgezogen hat, umzulegen. Wäre sich die Hamburger Majorität so klar darüber gewesen, wie unser Genosse, daß an selbständige Erfolge bei den Landtagswahlen absolut nicht zu denken ist, so würde der Beteiligungsbeschluß überhaupt nicht gefaßt worden sein.

Der Hamburger Beschluß entstand, weil sich herausstellte, daß die Mehrzahl der Delegierten eine Beteiligung an den Landtagswahlen wünschte — freilich nur unter striktester Innehaltung der bisherigen Taktik bei Wahlen — in voller Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Und dieser Beschluß wurde gefaßt, obgleich von der Minorität wiederholt auf die absolute Erfolglosigkeit in Bezug auf Mandate hingewiesen war. Der Standpunkt, den unser Genosse im Vorwärts vom 18. d. M. vertritt, ist unseres Wissens in Hamburg gar nicht diskutiert worden. Wir erinnern uns nicht, daß von irgend einer Seite in Hamburg — früher und später ist es allerdings in der Presse und Versammlungen geschehen — verlangt wurde, unsere Partei solle sich von vornherein zu Gunsten des Freisinnigen an den preussischen Landtagswahlen beteiligen. Es wäre wirklich auch eine recht künstliche Interpretation, wenn aus dem Verbot „mit anderen Parteien Kompromisse und Bündnisse einzugehen“, geschlossen werden dürfte: die Stimmen der sozialdemokratischen Urwähler können sofort für gegnerische Parteien, bezw. für das kleinere Uebel mobil gemacht werden. Nein, das kann und will der Hamburger Beschluß nicht befehlen. Wer Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien verwirft, verzichtet damit noch nicht auf selbständigen Kampf, giebt eine dreißig Jahre lang erfolgreich bewährte Taktik nicht preis und verzichtet nicht die Linien des Klassenkampfes, selbst nicht um eines an sich im Augenblick erprobenswerten Zieles willen. In unseren Reihen braucht über die Notwendigkeit, das ostelbische Junkertum und die ihm zu gemeinsamem Raubzuge verbündeten nationalliberalen Großindustriellen, sowie das bildungsfeindliche Centrum zu verhindern, dem Volke noch mehr wirtschaftliche Uebelstände zu applizieren und noch mehr reaktionäre Fesseln anzulegen, kein Wort weiter gesprochen zu werden.

Wenn das preussische Wahlsystem für die Sozialdemokratie diese Möglichkeit böte, dann würden, wie schon längst in den übrigen Landtagen, sich die sozialdemokratischen Rechte auch in den stagnierenden Karpenteiche der preussischen Gesetzgebung heruntummeln. Aber daran liegt es eben — so wie wir hinein müssen — aus eigener Kraft — kommen wir nicht hinein, und unsere Parteigenossen für eine Beteiligung zu Gunsten der bürgerlichen Opposition zu erwidern, halten wir erstens für unausführbar, weil eine solche Absicht an den Klassengegensätzen scheitern müßte, und zweitens für politisch und taktisch verfehlt. Unser Genosse verlangt die Unterstützung der bürgerlichen Opposition, weil sie ihm „weitere Rückschritte in Volksrechten und Volksfreiheiten zu verhindern geeignet erscheint“.

Wo sind die Sicherheiten hierfür? Liegen dieselben beim Centrum? Findet man diese Garantien beim Freisinn? Bieten die Nationalliberalen Hoffnung auf Zurückdrängung der Reaktion? Diese Fragen stellen, heißt sie zugleich beantworten. Lassen wir Centrum und Nationalliberale ganz beiseite, halten wir uns an den Freisinn. Von den Erfahrungen, die bei den letzten Reichstagswahlen mit dem bürgerlichen Radikalismus gemacht sind, sehen wir ebenfalls ab — das würde uns nicht hindern — aber wird der fortschrittliche Manchesterklüngel, entsprechend seiner prinzipiellen Feindschaft gegen die Arbeiterklasse, nicht genau so bereit sein, etwaige im Reichstag mühsam errungene Schutzmaßnahmen für die Arbeiter auf dem Wege der Landesgesetzgebung und der Verwaltung zu verhindern und zu beschränken, wie die Mirbach, Stumm, Bued und Konforten? An Beispielen hierfür fehlt es doch nicht. Das Verhalten bei der Wäckerleverordnung und die freisinnige Heße gegen die Kommission für Arbeiterstatistik spricht in dieser Beziehung überaus deutlich.

Die freisinnige Verhinderung weiterer Rückschritte in Volksrechten und Volksfreiheiten kann der Arbeiterklasse recht teuer zu stehen kommen und es erscheint — wenn denn einmal gewählt werden soll — nicht richtig, für das vom Freisinn allenfalls gebotene Einsengericht das Erstgeburtsrecht des frühgen fröhlichen Dreinschlagens zu verkaufen.

Wir unterschätzen gewiß nicht die Gefahr, welche das reaktionäre Kraut- und Schlotjunkertum im preussischen

Landtag für Freiheit und Volksrecht bietet, aber wir wissen doch auch, daß die Gesetze des deutschen und des preussischen Volkes trotz aller Junkerhochmuts nicht mehr im preussischen Landtag entschieden werden. An den Wahlurnen zum Reichstag schmiedet das Volk sich sein Recht, und die Sozialdemokratie vor allem muß sich davor hüten, Verwirrung in ihre Reihen bringen zu lassen, nur um kleiner, noch dazu ganz unsicherer Vorteile willen die Positionen ihrer kapitalistischen Feinde zu stärken. Und das geschieht ganz zweifellos, wenn bei den Landtagswahlen nach dem Vorschlage des Genossen verfahren wird. Die Nachteile, die entstehen werden, wenn wir dem sterbenden Liberalismus neue Kraft einflößen, sind weit erheblicher, als es im ersten Augenblick erscheint. Mit der Stärkung des Freisinnigen verhindern wir vielleicht einige Wadenkneiferien der Reaktion, schaffen uns aber sicher dafür in wirtschaftlicher Beziehung Nachteile, zu deren Beseitigung wir später verdoppelte Kraftanstrengungen machen müssen. Empfiehl es sich also schon aus prinzipiellen Gründen nicht, ohne den Kampf gegen alle Gegner aufzunehmen, für den Freisinn zu stimmen, so noch weniger in taktischer Hinsicht.

Eine Partei wie die Sozialdemokratie kann nur dann einen Wahlkampf führen, wenn ihr ihre eigene Fahne vorangetragen wird. Von vornherein in die Hinterfront gedrängt, zu einer Hilfstruppe für eine gegnerische Partei degradiert, wird ihre Kampfeslust geschwächt und, was noch viel schlimmer ist, die Einheitlichkeit wird gelockert und somit die Leistungsfähigkeit für spätere, im eigenen Partei-Interesse zu führende Aktionen geschädigt.

Das uns zugemutete Experiment ist, unseres Erachtens nach, zu gefährlich. Man braucht wahrhaftig kein Besinnlichkeits- und keine Parteiethik zu haben und doch dabei wünschen, daß wir von der Probe auf dieses Exempel verschont bleiben. Also lassen wir es bei dem Hamburger Beschluß. Aufzwingen kann man die Beteiligung an den Wahlen keinem Wahlkreise. Handelt es sich — wie der Artikelschreiber des Vorwärts behauptet — bei unserem Eintreten nur darum, weitere Rückschritte an bestehenden Volksrechten und Volksfreiheiten zu verhindern, verzichtet man auf jede selbständige Agitation, so erkräftigt sich da, wo freisinnige Wahlen sicher sind, unser Eintreten von selbst. In den übrigen Wahlkreisen, wo eine Beteiligung „möglich“, d. h. wo sozialdemokratische Wahlmänner gewählt werden können, befolge man unsere bisherige Wahltaktik. In erster Linie sollten die Genossen für sozialdemokratische Wahlmänner, bei engerer Wahl für die Kandidaten der bürgerlichen Opposition stimmen. Ebenso bei der Abgeordnetenwahl zunächst für einen der Unseren als Abgeordneter stimmen, bei der Stichwahl aber für den Oppositionskandidaten, wobei natürlich die Parteirichtung und die persönliche Stellung des Mannes in Betracht gezogen werden muß, denn „oppositionell“ in bestimmten Dingen kann unter Umständen auch einmal ein Nationalliberaler sein.

Diese Taktik ist auch nicht „direkt widerständig“, wie es in dem Vorwärts-Artikel heißt. Sie entspricht vollständig unserem Verhalten bei den Reichstagswahlen, ermöglicht die agitatorische Parteithätigkeit für unser Programm und läßt das Stärkeverhältnis unserer Partei in der Erscheinung treten. Auch die Bestätigung, daß wir hierdurch dem „Freisinn“ schaden könnten, ist grundlos, denn das Exempel von dem Ausfall des Freisinnigen stimmt nicht, weil die sozialdemokratischen Urwähler und Wahlmänner bei engeren Wahlen ja für die Kandidaten der bürgerlichen Opposition den Ausschlag geben werden. Wo allerdings die agrarisch-kerikale Reaktion von vornherein über die Mehrheit der Urwähler und damit der Wahlmänner verfügt, da können dem „Freisinn“ die sozialdemokratischen Stimmen nichts nützen, auch wenn er dieselben gleich im ersten Wahlgang erhält. Die Nachteile der öffentlichen Stimmabgabe, die Zeitverschwendung, die Veröffentlichung und Kontrolle der Wahlmänner und was sonst diesem elenden Wahlgesetz anhängt, sind gewiß sehr groß, aber all das spricht nur gegen die Wahlbeteiligung, nicht aber für das sofortige Eintreten für bürgerliche Parteien.

Soll jedoch auf der ganzen Linie gewählt werden, so möge die Selbständigkeit der Partei im Wahlkampfe aufrecht erhalten, und wenigstens die Hauptwahlen unter dem sozialdemokratischen Banner vollzogen werden. (P. S. im Vorw.)

Der Landbote.

Das Prügelrecht in der Gefindeordnung.

Die Gefindeordnung vom 8. November 1810 giebt der Herrschaft das Recht, das Gefinde körperlich zu züchtigen. Die das Züchtigungsrecht behandelnden Paragraphen sind folgende: Erstlich bejagen die §§ 75 bis 78: „Die Befehle der Herrschaft und ihre Verweise muß das Gefinde mit Ehrerbietung und Bescheidenheit annehmen. Reizt das Gefinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Thätigkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugthuung fordern. Auch solche Ausdrücke oder Handlungen, die zwischen anderen Personen als Zeichen der Geringschätzung anerkannt sind, begründen gegen die Herrschaft noch nicht die Vermutung, daß sie die Ehre des Gefindes dadurch habe kränken wollen.“ Ferner giebt die Gefindeordnung dem Gefinde noch nicht das Recht, wegen Traktierens mit Beleidigungen und Prügeln den Dienst zu verlassen. Die altpreussische Gefindeordnung giebt vielmehr prügelnden Falken gegenüber nur dann dem Gefinde das Recht, ohne Kündigung aus dem Dienste zu treten, wenn

es „durch die Mißhandlung in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit veretzt worden, oder wenn die Herrschaft das Gefinde auch ohne solche Gefahr, jedoch mit ausschweifender und ungewöhnlicher Härte“ — harte Behandlung setzt also unser Gesetzgeber voraus — „behandelt hat“. Darüber, ob eine das Leben oder die Gesundheit gefährdende oder ungewöhnlich harte Behandlung vorliegt, entscheiden in letzter Instanz nur drei gelehrte Richter, nicht Laienrichter. Das Empfinden dieser Richter läßt sich nie voraussagen. Der Minister Suarez behauptete, als er gegen die Gestattung eines unbedingten Züchtigungsrechtes, das die damaligen Junker verlangten, sich wendete: Die Richter werden sich ohne ein solches doch meist auf die Seite der Herrschaft stellen. Vor uns liegt ein Erkenntnis eines schlesischen Landgerichts, in dem ausgeführt wird, ein Dienstmädchen habe keinen Grund zur Entlassung gehabt, wiewohl es so geschlagen wurde, daß es Weilen am Kopfe und wochenlange Kopfschmerzen davongetragen habe, und wiewohl es vom „Herrn“ auch mit einem Teppichlopper verhaun wurde. Wenn das Dienstmädchen in ähnlicher Weise eine Herrschaft behandelt, dann, ja dann ist es etwas anderes: „wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe“ spottete Terenz, und behauptete der jetzige preussische Justizminister. Die Gefindeordnung giebt ihm recht. Jegliches Züchtigungsrecht, auch dies bedingte, soll erst vom 1. Januar 1900 ab schwinden. Der ausdrückliche Wegfall dieses Züchtigungsrechtes ist auf Anträge der Sozialdemokraten und Ultramontanen zurückzuführen. Die Konservativen wollten das Züchtigungsrecht beibehalten wissen, freilich ihren „Behten“ von den Prügeln nicht abhaben. Die Erbterung, ob eine richtige Auslegung der Gesetze nicht schon heute zu dem Ergebnis gelangt, daß diese Prügelbestimmungen außer Kraft sind, ist gegenüber der entgegenstehenden Ansicht der Gerichte mäßig. —

Gemeinde-Zeitung.

Der Centralverband der Gemeindebeamten Preußens hielt in Köln seine diesjährige Hauptversammlung ab. Auf derselben waren etwa 80 Delegierte für 50 Städte und Gemeinden vertreten. In seinem Geschäftsbericht hob der Vorsitzende Schönrock-Schneidemühl besonders hervor, daß der Centralverband immer mehr an Ausdehnung gewinnt. Die Mitgliederzahl des Centralverbandes ist von 4035 im Juni v. J. auf 8673 Mitglieder gestiegen, namentlich gewinnt der Verband unter den Kommunalbeamten der größeren Städte, welche sich früher der allgemeinen Bewegung fernhielten, Boden. In dem seiner Zeit veröffentlichten Entwurf eines Gemeindebeamtengesetzes sind vom Vorstand mehrere Positionen ausgearbeitet worden, und es sollen, sobald der neue Entwurf dem nächsten Landtage zugehen sollte, erneut die Wünsche der Gemeindebeamten in Eingaben an die entsprechenden Behörden und gesetzgebenden Körperschaften zur Geltung gebracht werden. Nach längerer Debatte wurde folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Hauptversammlung des Centralverbandes der Gemeindebeamten Preußens billigt die Anträge, welche der Vorstand beauftragt, die Änderung des veröffentlichten Entwurfs über Gemeindebeamte gestellt hat; sie richtet an die königliche Staatsregierung die ebenfalls ehrsüchtige wie dringende Bitte, die ihr unterbreiteten Wünsche der Gemeindebeamten möglichst vollständig zu berücksichtigen und durch das zu erlassende Gesetz thunlichst bald, schon vom 1. April 1899 ab, erfüllen zu lassen. Namentlich bittet die Versammlung, zunächst wenigstens die Wünsche nach einheitlicher, gesetzlicher Ordnung der Aufstellung, Pensions- und Hinterbliebenen-Verhältnisse der preussischen Gemeindebeamten in Erfüllung gehen zu lassen und dabei den Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Gemeindebeamten nicht aufrecht zu erhalten. Weitergehende Wünsche der Gemeindebeamten können vertagt werden, falls ihrer Einkämpfung gegenwärtig Schwierigkeiten entgegen stehen sollten.

Ferner wurde der Centralvorstand beauftragt, eine Statistik der Besoldungsverhältnisse der Gemeindebeamten aufzunehmen, um auf Grund dieser für eine gesetzliche Regelung der Gehaltsverhältnisse wirken zu können. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Das Kautionswesen der Gemeindebeamten wurde ein Antrag angenommen, wonach eine Kommission ernannt wird, die bis zur nächsten Hauptversammlung Vorschläge machen soll, in welcher Weise seitens des Verbandes eine Regelung der Frage der Kautionsstellung der Gemeindebeamten vorzunehmen sei. — Die Frage der Gründung eines Unterstützungsfonds wurde bis zum nächsten Jahre zurückgestellt. Der Vorstand wurde weiter beauftragt, alsbald nach Bekanntwerden des neuen Entwurfs eines Gemeindebeamtengesetzes einen allgemeinen Gemeindebeamtentag möglichst im November d. J. nach Berlin einzuberufen. Die nächste Hauptversammlung wird in Freiwahl abgehalten werden. Hierauf wurde die diesjährige Hauptversammlung geschlossen. —

Statistisches.

Die zur Reichskasse gelangte Steinnahme an Böllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, d. h. abzüglich der Ausführvergütungen zc. und der Verwaltungskosten beträgt für die Zeit vom 1. April bis Ende Juli bei den nachbezeichneten Einnahmen:

Bölle 150 785 819 Mark (+ 13 195 129 Mark), Tabaksteuer 3 478 816 Mark (+ 350 677 Mark), Zuckersteuer und Zuschlag zu ihr 28 208 838 Mark (+ 3 681 291 Mark), Salzsteuer 14 104 923 Mark (— 55 633 Mark), Rauchbottich- und Branntweinmaterialsteuer 5 670 815 Mark (— 282 731 Mark), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 35 592 457 Mark (+ 1 631 160 Mark), Brennsteuer 249 103 Mark (— 282 818 Mark), Brausesteuer

* Da in einem Teile der Parteipresse angenommen wird, daß Auer der Verfasser des Leitartikels in Nr. 192 des Vorwärts ist, so konstataren wir, daß dies nicht der Fall ist. Red. d. Vorw.

